

«Viel zu gross» und «kein guter Deal»

Wie weiter mit den Oberstufenplänen nach dem Nein zum Landabtausch in Aarau?

Nadja Rohner

Die Aarauer Ortsbürger haben am Montag den Landabtausch mit der Stadt, der die Grundlage böte für den Bau des neuen Oberstufenzentrums Telli, mit 319 zu 134 abgelehnt. Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker und Hochbau-Stadtrat Hanspeter Thür erläuterten nochmals umfassend, wie das komplexe Vertragskonstrukt zwischen Kanton, Einwohner- und Ortsbürgergemeinden mit Baurechten und Besitzwechseln funktionieren soll. «Der Stadtrat ist der Meinung, das wäre ein sehr fairer Deal», betonte Thür. «Die Behauptung, die Ortsbürger würden durch diesen Handel über den Tisch gezogen, ist falsch.»

In der Diskussion gab es sowohl Voten für als auch gegen den Landabtausch – und das Oberstufenzentrum an sich. «Wir reden heute über den Landabtausch, aber wir reden gleichzeitig auch über die Schulanlage Telli», stellte Unternehmer Peter Zubler klar. «Die Ortsbürger wollen wissen, was auf ihrem Land passiert, und wir wollen mitreden.» Das Oberstufenzentrum sei «viel zu gross geplant»: «Wir haben heute schon Probleme im OSA und in der Telli, die man nicht im Griff hat. Wenn die Schulen grösser werden, wird auch das Problem grösser. Je persönlicher die Lernatmosphäre, desto kleiner das Konfliktpotenzial.» Es gebe in Aarau auch Alternativen – und zwar nicht nur die Gönhardgüter, die der Stadtrat als Plan B vorsieht, liess Zubler durchblicken. Und punkto Zelgli: «Warum verkauft Aarau ein Schulhaus an den Kanton, wenn wir mehr Schulraum brauchen?»

Der Landabtausch sei ein schlechtes Geschäft, so Zubler, die Interessen der Ortsbürger seien nicht genügend vertreten worden. «Die Stadt sieht uns lediglich als Sponsor, nicht als gleichberechtigten Partner. Ich sehe nicht ein, warum wir in der Telli keinen Baurechtszins generieren sollen.» Die Einwohnergemeinde erhalte vom Kanton im Zelgli ja auch einen Baurechtszins, und wenn man den Quadratmeterpreis umrechne, würde das in der Telli



Das Zelgli-Schulhaus (r.) soll an den Kanton gehen.

Bild: nro

210 000 Franken pro Jahr ergeben. «Kein guter Deal» sei auch das Geschäft mit dem OSA (Oberstufe Schachen), das nach dem Umzug ins Oberstufenzentrum an die Ortsbürger übergehen soll. Zubler schlug vor, dass die Stadt in der Telli selber einen Teil des Landes kaufen und für den Rest einen Baurechtsvertrag mit den Ortsbürgern «mit anständigem Baurechtszins» anstreben solle – «für ein redimensioniertes Projekt».

«Will, dass Kinder in moderne Schule gehen»

Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker wollte hier aber gar nicht erst Hoffnungen aufkommen lassen: Ein symbolischer Baurechtszins wäre denkbar, sagte er zwar, aber nicht in der Höhe, wie es Zubler anregte. Natürlich gebe es einen substanzialen Zins, wenn es um Baurechte zwischen Kanton und Stadt gehe – aber wenn es sich um eines zwischen Einwohnergemeinde und Ortsbürger handle, sei ein zinsloses Baurecht durchaus normal.

SP-Einwohnerin Vreni Jean-Richard, selber Tellianerin, weibelte für ein Ja. «Ich will,

dass meine drei Kinder in eine moderne Schule gehen können. Wir haben eine Verantwortung als Ortsbürger, aber auch als Gesellschaft, als Eltern und als Grosseltern, dass wir genügend hochwertigen Schulraum haben.» Man stelle das Land nicht nur der Einwohnergemeinde zur Verfügung, «sondern auch unseren Kindern, das ist noch wichtig in dieser Diskussion».

Die frühere SP-Einwohnerin Ursula Funk sagte, für sie sei es «absolut zentral», dass Bez, Sek und Real zusammengelegt würden. Sie erörtere auch, warum die Telli als Standort für das Oberstufenzentrum gewählt worden ist. Sie liege erstens zentraler, als man gemeinhin meine. Und: «Das Problem ist, dass die Stadt in den letzten 30 Jahren kein Land gekauft hat, und so bestehen heute sehr wenige Optionen. Wenn wir die Oberstufe im Torfeld Nord bauen wollten, würde uns der Kauf des Landes 85 bis 100 Millionen kosten.»

Auch Andres Basler, einstiger SP-Stadtrat, bedauerte, dass die Einwohnergemeinde «wegen verfehlter Landpolitik

in der Vergangenheit» zu wenig eigenes Bauland hat. Er fand, die Kantonsschulen seien mit 1200 (Alte Kanti) und 800 Schülerinnen und Schülern (Neue Kanti) gross genug. Er sprach sich ausserdem dagegen aus, dass die Kantonale Schule für Berufsbildung ins Zelgli verschoben wird, ein Standort nahe dem Bahnhof sei vorteilhafter. Im Zelgli solle ein Oberstufenstandort beibehalten werden – neben einem neuen in der Telli.

Pro-Aarau-Einwohnerin Benita Leitner fand, die Zeit zum Handeln sei jetzt, «nicht morgen und nicht übermorgen. Wir haben keinen Platz mehr für unsere Schüler, für unsere Zukunft.» Sie wolle eine Stimme sein für jene, die heute (noch) kein Stimmrecht hätten, sagte sie und betonte: «Wir besprechen heute nicht, ob das Projekt in der Telli nun eine Monsterschule ist oder nicht – wir legen eine Ausgangslage, damit wir mit Bedacht vorgehen und das Entwicklungspotenzial für Schulraum in Aarau auch wirklich ausschöpfen können.»

Architekt Felix Kuhn hielt eine flammende Rede für das geplante Oberstufenzentrum, hatte er sich doch – als einer der wenigsten im Raum – das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs genau angeschaut. Es war im HangAar in der Telli ausgestellt, allerdings fanden sich dort nur wenige Interessierte ein. «Ich war begeistert», schildert er seinen ersten Eindruck und schwärmte von den «feingliedrigen Pavillons», die untereinander verbunden seien, von den «schönen Aussenräumen». Und er erinnerte daran, dass man seinerzeit beim Bau der Telli-Blöcke – damals fast die grösste Überbauung der Schweiz – auch aufgeschrien und Sozialprobleme und Kriminalität befürchtet hatte.

Ihm sei es gar nicht wohl damit, dass es in der Telli ein Schulhaus für 1200 oder noch mehr Schüler geben soll, sagte Transportunternehmer Peter Hangartner. Schon heute habe, unter anderem wegen der vielen Berufsschüler, niemand mehr Platz im Bus. Die Tellistrasse sei «die einzige Ost-West-Verbindung, die wir noch haben»: Die Hintere Bahnhofstrasse sei

«kastriert», und «schlimmer als die Bahnhofstrasse geht es gar nicht mehr», sagte er: «Wir sollten eine Verkehrskommission haben, die ihren Job versteht, sonst wird unsere Zukunft eine Katastrophe.»

Wie wichtig ist Tausch für die Kantis?

Ortsbürger Michael Liechti sagte, in der Diskussion «Bildung versus Finanzen» sei Ersteres höher zu gewichten: «Es geht um unsere Kinder, um unsere Bildung, um die Weiterentwicklung unseres Schulstandorts. Ich bin überzeugt, dass das bezüglich Finanzen am Schluss aufgehen wird.»

FDP-Einwohner Matthias Zinniker ging auf die Frage ein, ob die Zukunft der Kantonsschulen denn wirklich so massgeblich vom Landabtausch abhängen, wie die Stadt suggeriere. Das treffe nämlich nicht zu: «Die Strategie des Regierungsrats sieht vor, dass die Alte Kanti auf 66 Abteilungen ausgebaut wird. Das geht, wenn die Kantonale Schule für Berufsbildung einen anderen Ort findet – und es muss nicht zwingend das Zelgli-Schulhaus sein.» Und dass die neuen Turnhallen für die Alte Kanti im Rössligut sowieso gebaut werden, unabhängig vom Landabtausch, hatte der Kanton der AZ schon bestätigt, führte Zinniker aus. Was den Ausbau der Neuen Kanti betreffe, so der FDP-Einwohner, liege dieser so weit in der Zukunft, dass die Stadt für diese Planung nicht jetzt das Zelgli-Schulhaus hergeben sollte.

Michael Umbricht, Generalsekretär des kantonalen Bildungsdepartements, sagte erklärte: «Aus Sicht des Kantons würde der Landabtausch an verschiedenen Orten Potenzial ergeben. Wenn er nicht kommt, werden wir uns entsprechend organisieren.» Bezüglich Neuer Kanti korrigierte er Zinniker dahin gehend, dass der Zeitplan für einen möglichen Ausbau noch nicht definiert sei, es könne auch schneller gehen als aktuell grob geplant. Und für die Kantonale Schule für Berufsbildung könne man zwar einen anwideren Standort suchen als das Zelgli – ein solcher sei aber gerade nicht in Sicht.

Kommt nun das Referendum?

Nadja Rohner

«Wir werden im Stadtrat nun einen neuen Vorschlag für die Sicherung unserer Schulraumflächen erarbeiten», sagt Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker am Dienstag zum weiteren Vorgehen in Sachen Oberstufenzentrum. «Dabei nehmen wir Punkte aus der Diskussion an der Ortsbürgergemeinde sicher auf: Es war etwa von der Trennung der Geschäfte Telli/Schachen die Rede, es ging um die Höhe von Baurechtszinsen; um die

Frage, ob die Ortsbürgergemeinde überhaupt Areale übernehmen soll, und so weiter.»

Auch mit der Kreisschule Aarau-Buchs bestehe ein intensiver Austausch; «am Schulraumbedarf ändert sich nichts». Offen lässt Hilfiker die Frage, ob auch eine Redimensionierung der Anlage in der Telli infrage kommt (was zwangsläufig entweder zur Folge hätte, dass Buchs mehr ausbauen muss oder dass ein zweiter Aarauer Oberstufenstandort bestehen bleibt).

Dem Gegenkomitee «Aarau auf Kurs» war es am Dienstag nicht möglich, sich zu äussern; eine Stellungnahme ist auf Ende Woche in Aussicht gestellt.

Das Pro-Komitee «Bildungsstadt Aarau» hatte vor der Versammlung auf dem Schlossplatz Flyer verteilt. Dessen Mitglied Petra Ohnsorg, Einwohnerin Grün, sagt, sie habe die Diskussion als «recht emotional» und nicht immer faktenbasiert empfunden. «Vonseiten der Ortsbürgerfinanzkommission hätte ich gerne im Detail erfahren, wie sie

darauf kommt, dass der Deal die Ortsbürger 20 bis 30 Millionen Franken kosten soll.» Dass es den Schulraum brauche, sei unbestritten. «Wir wollen, dass nicht nur die KSAB, sondern auch die Kantonsschulen und die Kantonale Schule für Berufsbildung künftig in Aarau genügend Platz finden.» Mit dem Nein sei kein einziges Problem gelöst.

«Es scheint, als gewichten die Ortsbürgerinnen und Ortsbürger die Finanzen höher als den Anspruch an ein gutes Bil-

dingsangebot in Aarau», sagt Ohnsorg. Allerdings: «Aus der Emotionalität der Voten kann man auch schliessen, dass bei manchen wohl nostalgische Gründe und/oder mangelndes Wissen über das Projekt Oberstufenzentrum zum Nein geführt haben.»

Sie übt Kritik daran, dass die Ortsbürger über den Hebel Landabtausch einen Entscheid fällen, der eigentlich einen demokratischen Prozess hätte antossen sollen – an dem dann die gesamte Stimmbewölke-

rung beteiligt worden wäre: «Die Aarauer Erbdynastie will bestimmen, wie die Schullandschaft der Stadt künftig aussehen soll. Das fällt eigentlich überhaupt nicht in die Kompetenz der Ortsbürgergemeinde.» Das Komitee werde nun sorgfältig abwägen, ob ein Referendum das relativ klare Nein in ein Ja kehren könnte. «Deshalb müssen wir uns und der Stadtrat sich die Frage stellen: Brauchen wir die Ortsbürger überhaupt, um das Problem zu lösen?»